



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 18. Januar 2022
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:00 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd	
Gemeinderat	Beck Josef	
Gemeinderat	Bell Bernhard	
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.	
Gemeinderat	Günther Sven	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Lang Johannes	
Gemeinderat	Mödl Maximilian	
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana	
Gemeinderat	Seefried Holger	kommt während lfd. Nr. 005
Gemeinderat	Sonnek Georg	
Gemeinderat	Stoll Marcus	

Schriftführer/-in:

Schriftführerin Thoma Heike

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

1. Bürgerfragestunde
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2021 (öffentlicher Teil)
4. Aufstellung einer 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und eines Bebauungsplanes "Sondergebiet für PV-Anlagen auf den Grundstücken Fl.Nr. 5518 und 5522, Gemarkung Theilheim" - Durchführung der parallelen Frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
5. KITA Theilheim: Bekanntgabe zum Ergebnis der Überprüfung der Kostenberechnung Bauantrag auf Änderungsgenehmigung für die Varianten Dachgauben / Dachliegefenster und der Baumeisterarbeiten (Änderung Außendämmung und Abbruch von Natursteinmauern)
- 5.1 Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude – Nichtwohngebäude (BEG NWG)
- 5.2 Bekanntgabe: Informationen aus dem jour fixe vom 13.01.2022
 6. Baumaßnahme Reissgarten: Installation von Street Bumps in der Winterleitenstraße?
 7. Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 16.11.2021, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
 8. Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters
- 8.1 Bekanntgabe: Evaluierungsbericht ILE MainDreieck
- 8.2 Bekanntgabe: Verbandssatzung des Zweckverbandes Tourismusverband MainDreieck
- 8.3 Bekanntgabe: Örtliche Kassenprüfung am 23.12.2021
- 8.4 Bekanntgabe: Aufnahme der Kommunalen Verkehrsüberwachung zum 01.02.2022
- 8.5 Umzug ins neue Rathaus verschiebt sich
 9. Fragen aus dem Gemeinderat
- 9.1 Pandemielage: Zugang der Öffentlichkeit zu Gemeinderatssitzungen
- 9.2 Beschaffung eines Defibrillators
- 9.3 Kommunale Verkehrsüberwachung: Parkmarkierungen in der Staatsstraße
- 9.4 Bauvorhaben im ehem. Sparkassengebäude?

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucher:innen.

Erster Bürgermeister Herpich wünscht den Anwesenden ein Gutes Neues Jahr.

TOP 1.	Bürgerfragestunde
Lfd. Nr. 001	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich begrüßt die Gemeinderatsmitglieder .

Er weist auf die derzeit gültige Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hin, nach der die Sitzungen des Gemeinderats unter Einhaltung der geltenden Hygienevorschriften und Abstandsregelungen stattfinden dürfen.

Mit Blick auf das aktuelle Infektionsgeschehen wurde die 3G-Plus-Regel für die Mitglieder des Gemeinderates und für die Besuchenden angeordnet:

- Für Geimpfte und Genesene ist der Nachweis eines negativen POC Antigenschnelltests, der nicht älter als 24 Stunden ist, ausreichend.
- Für nicht geimpfte oder nicht genesene Personen ist ein PCR-Test, der nicht älter als 48 Stunden ist, erforderlich.

Aufgrund des gegenwärtigen Infektionsgeschehens („Corona-Ampel“ = ROT) ist während des gesamten Aufenthalts in der Jakobstallhalle eine FFP2-Maske zu tragen.

Den Mitgliedern des Gemeinderates ist es freigestellt, ob diese am Sitzplatz eine Maske tragen.

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, die gemäß Satzung höchstens 30 Minuten dauern darf, haben die Bürger*innen die Gelegenheit Fragen zu stellen. Diese sollen nach Möglichkeit in der Sitzung beantwortet werden.

Kann eine Frage nicht direkt beantwortet werden, soll die Antwort innerhalb von drei Wochen schriftlich erfolgen.

Die Fragen werden in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen.

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 2.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 002	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 3.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2021 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 003	

Sachverhalt:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung (mit allen Anlagen) ist wegen Wechsel des Ratsinformationssystems als Anlage diesem TOP angefügt.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 07.12.2021 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Anlagen:

Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: GMR-2021-017_Niederschrift_oeffentlich
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: VO - Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicher2
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: Stammsatzung vom 05.02.2013
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: 2. Änderungssatzung - von LRA geprüft
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: 1. Änderungssatzung vom 23.12.2016
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: SA - 1. Änderungssatzung zur BGS-EWS 2019 (Inkraft 12.2021)
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: BGS-EWS 2022
 Anlage zur Sitzungsniederschrift 2021-05-11: Zweckvereinbarung Stand Beschlussfassung

TOP 4.	Aufstellung einer 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und eines Bebauungsplanes "Sondergebiet für PV-Anlagen auf den Grundstücken Fl.Nr. 5518 und 5522, Gemarkung Theilheim" - Durchführung der parallelen Frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
Lfd. Nr. 004	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat zum dem Vorhaben in seiner Sitzung am 21.10.2021 folgende Beschlüsse gefasst:

a) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Theilheim in der Weise, dass die Grundstücke Fl.Nr. 5522 und 5518, Gemarkung Theilheim, als Sonderfläche für Photovoltaik ausgewiesen werden. Der Übersichtslageplan M 1 : 100, der den Umgriff zeigt, ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Änderung erfolgt im herkömmlichen Verfahren nach dem BauGB. Die Gemeinde stellt der Fa. Suntec aus Wolkshausen als Vorhabenträger den Abschluss eines Städtebaulichen Vertrags in Aussicht.
 Abstimmungsergebnis: 12 : 0.

b) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das Aufstellen eines Bebauungsplanes „Photovoltaikanlage „Lange Weide / Landstein“ im herkömmlichen Verfahren nach dem BauGB für die Grundstücke Fl.Nr. 5522 und 5518, Gemarkung Theilheim. Ein städtebaulicher Vertragsentwurf ist durch die Kanzlei Ulbrich § Kollegen zu erarbeiten, wobei die Punkte schlüssiges Entsorgungskonzept und Bürgerbeteiligungsmodell zu berücksichtigen sind. Die Kosten dafür trägt die Fa. Suntec als Vorhabenträger. Eine entsprechende Kostenübernahmeerklärung liegt vor.
 Abstimmungsergebnis: 12 : 0.

Das Ingenieurbüro IVS aus Kronach hat dazu nun Entwürfe zur Einleitung des Bauleitverfahrens nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) ausgearbeitet. Die Fa. Suntec aus Wolkshausen hat in der Gemeinderatssitzung vom 16.11.2021 das Vorhaben zum Errichten einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf den Grundstücken Fl.Nr. 5518 und 5522 erläutert. Ein wesentliches Thema dabei war der Brandschutz. Die Gemeinde Theilheim wird in dem Verfahren von einem Rechtsanwaltsbüro aus Würzburg unterstützt, welches dazu mit E-Mail vom 30.11.2021 Stellung genommen hat. Danach sind die Fragen zum Brandschutz im Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan zu klären. Grundsätzlich trägt der Investor dafür die Verantwortung.

Damit das Verfahren zum notwendigen Ändern der Bauleitplanung in Gange gesetzt werden kann, sind vom Gemeinderat entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Zu 9.2 der Begründung zum Bebauungsplan:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde die Löschwasserversorgung nicht bereitstellen kann; der Jakobsbach ist für ein Heranziehen zur Löschwasserversorgung nicht ausreichend wasserführend.

Der Investor ist darauf hinzuweisen, die Planunterlagen sind entsprechend fortzuschreiben.

Beschluss 1:

1. Mit der Planung und den Anlagen (jeweils Begründung mit Umweltbericht) - Stand 14.09.2021 - besteht seitens der Gemeinde Einverständnis.
2. Der Gemeinderat beschließt zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Theilheim auf Grundlage des vorliegenden Änderungsentwurfs vom 14.09.2021, ausgearbeitet durch das Ingenieurbüro für Bauwesen IVS aus Kronach, die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung, sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.
3. Der Gemeinderat beschließt zum Aufstellen eines Bebauungsplanes für das Sondergebiet „Lange Weide/Landstein“, Gemarkung Theilheim, auf Grundlage des Entwurfs vom 14.09.2021, ausgearbeitet durch das Ingenieurbüro für Bauwesen IVS aus Kronach, die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung, sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Das Gemeinderatsmitglied Josef Beck ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Anlagen:

6. Änderung Flächennutzungsplan
6. Änderung Flächennutzungsplan - Begründung
Bebauungsplan Lange Weide - Landstein
Begründung zum Bebauungsplan Lange Weide - Landstein

TOP 5.	KITA Theilheim: Bekanntgabe zum Ergebnis der Überprüfung der Kostenberechnung
Lfd. Nr. 005	Bauantrag auf Änderungsgenehmigung für die Varianten Dachgauben / Dachliegefenster und der Baumeisterarbeiten (Änderung Außendämmung und Abbruch von Natursteinmauern)

Sachverhalt:

Im Rahmen der Überprüfung der Kostenschätzung durch Brückner & Brückner wurde festgestellt, dass eine Änderung der Planung zu erheblichen Kosteneinsparungen führt; mit Mail vom 21.12.2021 der Architekturbüros wurden diese Änderungen wie folgt dargestellt (auf die Anlage zu diesem TOP wird verwiesen):

1. Änderung der Anordnung der Dachliegefenster Haus 1

Bei der genehmigten Anordnung der Dachliegefenster des Haus 1 müsste der vorhandene Dachstuhl aus statischen Gründen nahezu vollständig ausgetauscht werden. Um dies zu verhindern, werden ... zwei geänderte Ausführungen zu Belichtung der Dachräume diskutiert.

- Variante 1: Erhalt der vorhandenen Dachgauben
- Variante 2: geänderte Anordnung der Dachliegefenster

Zu Variante 1:

Der Erhalt bzw. der Umbau der bestehenden Gauben ist nicht in der Baugenehmigung vorgesehen. Sollen die Gauben nun erhalten werden, stellt dies eine Änderung zum bisherigen Bauantrag dar. Dies müsste beim Landratsamt Würzburg (LRA) im Zuge eines Änderungsgenehmigungsverfahrens beantragt werden. Wichtig ist hierbei, dass nicht das gesamte Vorhaben neu beantragt werden muss, sondern lediglich die Änderungen.

Die Nachbarn sind im Zuge dieses Verfahrens durch den Bauherrn zu beteiligen.

Nach einer erteilten Genehmigung durch das LRA haben die Nachbarn das Recht gegen die neu beantragten Änderungen zu klagen.

Diese Klage hätte aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn die genehmigte Änderung rechtswidrig wäre bzw. der Nachbar in seinem Recht verletzt wäre.

Diese Gefahr sieht das LRA bei Variante 1: Erhalt der vorhandenen Dachgauben nicht.

Gem. Art 6 (1) BayBO ist vor Außenwänden, die an Grundstücksgrenzen errichtet werden, eine Abstandsfläche nicht erforderlich. Somit sind die Abstandsflächen der Gauben zwar nach Osten, Westen und Norden nachzuweisen, nach Süden auf das benachbarte Grundstück sind aber nach neuer BayBO keine Abstandsflächen erforderlich.

Die Beurteilung erfolgt jeweils auf Grundlage der aktuell gültigen Vorschriften. Somit gilt für Änderungen, die nun beantragt werden, auch die BayBO in ihrer aktuell gültigen und somit zum Stand des Bauantrags (2019/2020) geänderten Fassung.

Zu Variante 2:

Gem. Art 57 (1) 11d BayBO ist zwar die Anordnung von Fenstern auch vor Fertigstellung der Anlage verfahrensfrei, da es sich bei dem Bauvorhaben aber um einen Sonderbau handelt, teilt die Änderung das Schicksal der Gesamtmaßnahme. Somit muss bei einem Sonderbau jede Änderung zur erteilten Baugenehmigung neu beantragt und genehmigt werden.

Dies würde ... bedeuten, dass für die geänderte Anordnung der Dachliegefenster eine Änderungsgenehmigung beantragt werden muss. Auch diese Änderung sieht das LRA unkritisch und würde bei dieser Änderung mitgehen.

2. Änderung der Ausführung der Außenwände des Hauses 2 und 3, inkl. geändertem Fassadenmaterial

Die bisherige Baugenehmigung sah den Teilerhalt der bestehenden Außenwände des Haus 2 und 3 mit außenseitig sichtbarem Natursteinmauerwerk vor.

Aus statischen, bauphysikalischen und kostentechnischen Gründen wird nun angedacht, auch die Wände zurückzubauen, die bisher erhalten bleiben sollten. Diese sollen neu aufgebaut, außenseitig gedämmt und mit einer Putzfassade versehen werden. Auch wird der Zugang zum Baufeld insgesamt, für das ausführende Unternehmen vereinfacht, so dass zeit- und ressourcenaufwändige Arbeitsvorgänge dadurch gestrafft werden können.

Die Außenkanten des Gebäudes, sowie die Gebäudehöhen bleiben hierbei unverändert.

Die Änderungen sind lediglich:

- Rückbau der bestehenden Natursteinwände und Neuerrichtung der Außenwände in gleichen Außenmaßen
- Änderung des Fassadenmaterials

Auch bei diesem Punkt gilt das unter Punkt 1 erläuterte Vorgehen. Die Änderungen sind im Zuge eines Änderungsgenehmigungsverfahrens zu beantragen. Auch hier können die Nachbarn bei erteilter Genehmigung lediglich gegen die Änderungen klagen.

Da die Kubaturen und Gebäudemaße durch die Änderungen nicht verändert werden und im gebauten Zustand lediglich ein anderes Fassadenmaterial zu sehen wäre, sieht das LRA auch bei diesen Änderungen keinen Angriffspunkt möglicher Klagen der Nachbarn und würde die Änderungen mittragen.

Im Rahmen des jour fixe am 13.01.2022 wurde dieser Sachvortrag durch das Statikbüro Härth wie folgt ergänzt:

Bestehende Wände sind zum Teil schon in einem sehr schlechten Zustand und müssten ertüchtigt werden. Solche Kosten können davonlaufen, da im Vorfeld nicht alles absehbar ist (z. B. Unterfangen von Wänden erforderlich): Diese Sicherungsmaßnahmen bergen nicht unerhebliche Kosten in sich.

Ein weiteres Problem ist die spätere erhöhte Rissbildung (ohne durchlaufenden einheitliche Bodenplatte <-> unterschiedliche Setzungen).

Die Wegnahme der Außenwände würde die Baumaßnahme um ein vieles vereinfachen; ansonsten müsste um zwei bis drei Wände aufwendig und kostenintensiv herum gebaut werden:

Vorteile:

- Vermeidung von bauphysikalisch schwierigen Anschlusspunkten (Wechsel Innen- zu Außendämmung, Horizontalabdichtung)
- Schaffung eines größeren freien Baufelds (kein kleinteiliges Arbeiten innerhalb von Gebäuden)
- Minimierung des Risikos bei Bauen im Bestand (Gründung,...)
- Durchlaufende Fundamentplatte
- Entfall von evtl. Unterfangungen
- Entfall von aufwändigen Maueröffnungen in den Bestandswänden
- Entfall von aufwändigen Anschlüssen an Bestandsmauerwerk

Die Fragestellung lautet daher: Ist dem Bauherrn der Erhalt der Wände in Bezug auf die Kosten dieser Aufwand wert?

Zu den Kosten hat Brückner & Brückner – ohne konkrete Gesamtkosten zu benennen - mitgeteilt, dass die bisherige Planvariante definitiv die teurere Variante ist und die Empfehlung abgegeben, ein freies Baufeld zu schaffen.

Auch der Tragwerksplaner erachtet den Rückbau als sinnvoll (siehe anliegende Stellungnahme vom 14.01.2022).

3. Änderung der Planung der Absturzsicherungen

Eine Umplanung der Absturzsicherungen / Geländer empfiehlt sich wegen der in der Bayer. Bauordnung seit 2021 reduzierten Abstandsflächen: Damit entstehen für die Kinder (geringfügig) mehr Bewegungsflächen und mehr Spielraumflächen.

Das Landratsamt Würzburg hat mit Mail vom 11.01.2022 mitgeteilt, dass bei einer Änderung des Bauantrags die aktuellen Regelungen zu den Verkürzungen von Abstandsflächen für die konkrete Änderung Anwendung finden.

Durch den Bauherrn müssten die beschlossenen Änderungen beantragt werden. Hierbei soll Bezug auf die erteilte Baugenehmigung genommen werden und die Änderungen zu dieser Genehmigung genau erläutert werden. Außerdem ist klar darzulegen, dass durch diese Änderungen keine Benachteiligung der Nachbarn entsteht. Unter Umständen könnte durch die geänderte Ausführung sogar ein Vorteil für die Nachbarn entstehen (Brandschutz,...).

Für die Änderungen ist ebenfalls eine brandschutztechnische Beurteilung erforderlich. Dieser geänderte Brandschutznachweis ist wie bei der bereits erteilten Genehmigung durch den Prüfsachverständigen zu bescheinigen.

Mit der bereits genehmigten Baumaßnahme darf begonnen werden, sofern die Baumaßnahmen nicht die Änderungen betreffen, die im Änderungsverfahren genehmigt werden.

Sollte ein Anlieger Klage gegen die beantragten Änderungen einreichen, kann trotzdem weitergebaut werden. Dies geschieht ab diesem Zeitpunkt auf Risiko des Bauherrn. Sollte der Kläger mit seiner Klage recht bekommen, müssten die Änderungen u.U. rückgebaut werden.

Der Bauherr hat das Recht, einen Bauantrag im laufenden Genehmigungsverfahren zurückzuziehen. Ebenfalls kann der Bauherr anzeigen, dass er von einer bereits erteilten Genehmigung keinen Gebrauch machen möchte.

Erster Bürgermeister Herpich hat am 22.12.2021 entschieden, den Weg zur Kostenreduzierungen konsequent weiter zu gehen und das Architekturbüro Brückner & Brückner beauftragt, die genauen Einsparpotentiale zu ermitteln.

~~Der TOP wird in der nächsten Sitzung behandelt werden.~~

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass bereits heute Entscheidungen zu treffen sind, um zeitlichen Verzögerungen bei der Baumaßnahme möglichst im Vorfeld zu begegnen; auch das Genehmigungsverfahren wird Zeit in Anspruch nehmen. Brückner & Brückner wird auf Grundlage der heutigen Gemeinderatsentscheidung den Bauänderungsantrag erarbeiten, über den der Gemeinderat dann in der nächsten Sitzung beschliessen wird.

Eine Behandlung im Gemeinderat ist erforderlich, da der Bauausschuss KITA ermächtigt ist, im Rahmen der genehmigten Planung und des beschlossenen Budgets von 6.108.285,59 € zu entscheiden.

Erster Bürgermeister Herpich gibt in diesem Zusammenhang folgendes weiter bekannt:

1.

Die Überprüfung der Kostenschätzung auf Kosteneinsparungen beinhaltete auch eine Überprüfung der Entscheidung zur Beheizung des Gebäudes (Alternative Erd-/Luftwärmepumpe bzw. Wärmepumpe ergänzt um E-Heizstab): Erster Bürgermeister Herpich hat am 15.12.2021 entschieden, dass entsprechend der ursprünglichen Planung eine Pellets-Heizung installiert wird – die Wärmeerzeugung mit Biomasse Holz-Pellets war im Entwurf als wirtschaftlichste Lösung bewertet und beschlossen worden. Zum Hintergrund:

- Die Entscheidung zur Beheizung des Gebäudes war eine zentrale Frage und daher dringlich, um den weiteren Planungsverlauf / Baufortschritt nicht zu verzögern.
- Eine zielführende Antwort der WVV/MFN im Hinblick auf eine Ertüchtigung des Stromanschlusses für die KiTa am Gartenweg lag noch nicht vor.
- Die theoretischen Fördermöglichkeiten für eine Heizungsanlage mit nachwachsenden Rohstoffen (Pellets) liegen deutlich höher.
- Die MFN GmbH teilte einen Tag nach dieser Entscheidung mit, dass unter Berücksichtigung des Synergieeffekts durch das teilweise Mitverlegen im Graben für den Glasfaseranschluss des Rathauses man dennoch bei Kosten in der Größenordnung um die 140.000 € liegen werde.

2.

„Die Obergrenze der Gesamtkosten ist mit 6,2 Mio € brutto vorgegeben. Aufgrund aktueller Marktpreisschwankungen und Teuerungen ist die Notwendigkeit zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit gegeben. Die weitere Marktpreisentwicklung ist stark risikobehaftet und nicht prognostizierbar.

Die beteiligten Büros waren aufgefordert, die Kostenberechnung zu prüfen und Stellung zu nehmen. Brückner & Brückner erstellt hierzu eine Ausarbeitung im Detail.“ (jour-fixe Besprechung am 09.12.2021, gk Projektmanagement). Auch hierüber wird in der nächsten Gemeinderatssitzung berichtet werden.

- Aus dem Gremium heraus wird einheitlich, mehrfach und sehr vehement kritisiert, dass die dargestellten Einsparpotentiale bereits bei der ursprünglichen Planung hätten Berücksichtigung finden müssen. Zudem hätten die Kosten für das konkrete Einsparpotential durch das Architekturbüro Brückner & Brückner benannt werden müssen. Es wird festgestellt, dass die erbrachten Vorleistungen als „schwach“ zu bezeichnen sind. Die Gemeinde werde vom Architekturbüro für dumm verkauft.

- Es wird nachgefragt, warum im Rahmen der ursprünglichen Planung der Aufwand betrieben worden war, Probebohrungen am vorhandenen Mauerwerk zu nehmen. Ein neues Mauerwerk sei zweifelsohne besser, aber das hätte das Architekturbüro Brückner & Brückner bereits bei Erstellung der ursprünglichen Planung wissen müssen.
- Erster Bürgermeister Herpich erläutert die Planungshistorie und betont, dass der heutige TOP kurzfristig ergänzt wurde, um den eng gesteckten Zeitrahmen der 2-jährigen Bauphase halten zu können. Durch die Änderung der Ausführung der Außenwände des Hauses 2 und 3 steigt die Zuschussquote der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude. Er betont, dass die Vorgabe zum Erhalt des Mauerwerks durch das Bistum erteilt worden war.
- Hierzu wird kritisiert, dass dies damals der Gemeinde gegenüber hätte transparenter kommuniziert werden müssen: Die Gemeinde Theilheim sei schließlich dem Grundsatz von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Das jetzige Änderungspotential sei ein „schwaches Zeichen“ des Architekturbüros.
- Durch die Änderung der Planung entsteht ein zusätzlicher Zeitverlust und damit höhere Kosten. Es wird die Frage in den Raum gestellt, ob ein entscheidender Planungsfehler des beauftragten Architekturbüros vorliegt.
- Über die künftige Fassadengestaltung sollte die Gemeinde beraten und beschließen.
- Die Außenwände von Haus 2 und 3 sollten gemäß der ursprünglichen Planung stehen bleiben, um das reguläre Abstandsflächenrecht für einen Neubau auszuschließen. Erster Bürgermeister Herpich teilt hierzu mit, dass die Umplanung bereits mit dem Landratsamt Würzburg durch das Büro Brückner & Brückner baurechtlich vorab abgeklärt wurde.
- Auf Nachfrage erklärt Erster Bürgermeister Herpich, dass eine Beteiligung der Nachbarn erfolgen wird, sobald die entsprechenden Baupläne erstellt sind. Eine Verzögerung ist aktuell nicht zu erwarten, da viele Arbeiten vorab erledigt werden können. Mögliche Klagen der Nachbarn sind auf den Umfang der Änderungen beschränkt.
- Erster Bürgermeister Herpich gibt folgenden vorläufigen Zeitplan für die Baumaßnahme bekannt; dieser ist diesem TOP als Anlage beigefügt.
- Die Kath. Kirchenstiftung wird regelmäßig im Rahmen der jour fixe über die Fortschreibung der Planung auf dem laufenden gehalten.
- Die weitere Diskussion wird in die nichtöffentliche Sitzung verlagert.

Beschluss 1:

Die Gemeinde stimmt den vorgeschlagenen Änderungen wie folgt zu:

1. Änderung der Anordnung der Dachliegefenster Haus 1

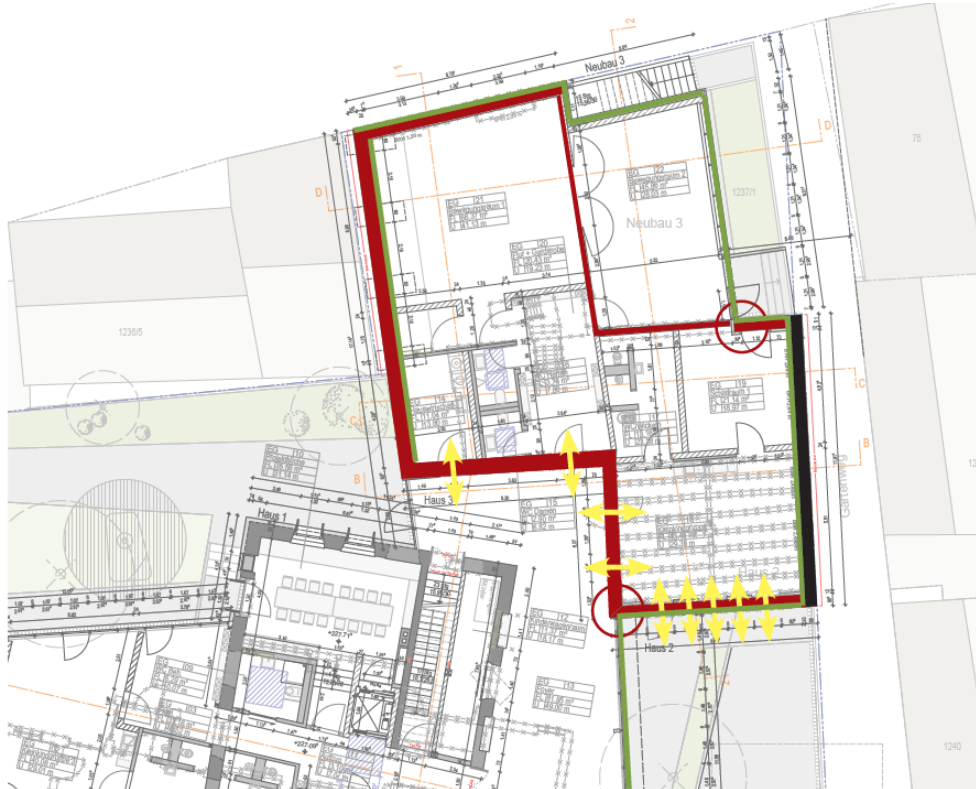
Variante 1: Erhalt der vorhandenen Dachgauben & Rückbau der Gaubendächer

Abstimmungsergebnis: 12 : 3

Beschluss 2:

Die Gemeinde stimmt den vorgeschlagenen Änderungen wie folgt zu:

Die Gemeinde folgt dem Vorschlag des Architekturbüros Brückner & Brückner (Baumeisterarbeiten) zum Rückbau des Bestands der in der nachfolgenden Skizze rot und schwarz gekennzeichneten Außenmauern wie folgt:



Vorschlag: Rückbau Bestand

Der Gemeinderat ist in die spätere Außengestaltung (Fassadengestaltung) einzubinden.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

Beschluss 3:

Die Beschlussempfehlung ist um folgenden Text zu erweitern:

„Es ist zu überprüfen, ob in Bezug auf den Vorschlag „Änderung der Ausführung der Außenwände des Hauses 2 und 3, inkl. geändertem Fassadenmaterial“ ein Planungsfehler des Architekturbüros Brückner & Brückner vorliegt.“

Abstimmungsergebnis: 10 : 5**Beschluss 4:**

Die Gemeinde stimmt den vorgeschlagenen Änderungen wie folgt zu:

Mit einer Änderung der Planung der Absturzsicherungen besteht Einverständnis.

Durch das Büro Brückner & Brückner ist ein Antrag auf Änderung der Baugenehmigung vom 28.08.2020 gemäß Beschlusslage zu erarbeiten.

Es ist zu überprüfen, ob in Bezug auf den Vorschlag „Änderung der Ausführung der Außenwände des Hauses 2 und 3, inkl. geändertem Fassadenmaterial“ ein Planungsfehler des Architekturbüros Brückner & Brückner vorliegt.

Die Kath. Kirchenstiftung ist über diesen Beschluss zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0**Anlagen:**

SITZ - Präsentation der Änderungen - Brückner & Brückner
PE - Stellungnahme vom 14.01.2022 - IB Härth
PE - Stellungnahme vom 14.01.2022 (Anlage 1) - IB Härth
PE - Stellungnahme vom 14.01.2022 (Anlage 2) - IB Härth
PE - Stellungnahme vom 14.01.2022 (Anlage 3) - IB Härth
SITZ - vorläufiger Zeitplan - Brückner & Brückner

TOP 5.1	Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude – Nichtwohngebäude (BEG NWG)
Lfd. Nr. 006	

Sachverhalt:

Das Ingenieurbüro Wahler-Hüttner GbR wurde am 28.10.2021 beauftragt, die Fördermöglichkeiten für den geplanten Umbau und für die Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte aus energetischer Sicht aufzuzeigen.

Mit Schreiben vom 01.12.2021 teilte das Ingenieurbüro Wahler-Hüttner GbR hierzu folgendes mit:

„Da der bestehende Kindergarten durch die geplante Baumaßnahme um mehr als 50m² erweitert wird, sind die geplanten Anbauten im Neubau Förderprogramm 264 als Kreditvariante mit Tilgungszuschuss oder mit dem Programm 464 (Zuschuss) förderfähig.

Ausschlaggebend ist hier jeweils die Nettogrundfläche.

Die Bilanzierung kann als Wärmebedarfsberechnung für die Anbauten separat erfolgen, oder zusammen mit den Bestandsobjekten als 1 Gesamtgebäude.

Förderfähig sind die Anbauten (Neubauten) nur dann, wenn ein Energiestandard als Effizienzhaus 55, 55EE, 55NH (möglich nur noch bis 31.01.2022), 40, 40EE oder 40NH nachgewiesen werden kann. Die genauen Förderkonditionen finden Sie in den Anlagen.

Die Bestandsobjekte können als energetische Sanierung in den gleichen Programmen 264, 464 der KfW gefördert werden. Hierzu muss mindestens ein Effizienzhaus 100, 100EE oder 100NH erreicht werden. Je nach Verbesserung dieses Mindestförderstandards steigen auch die Förderkonditionen, welche Sie ebenfalls den Anlagen entnehmen können.

Es ist als zusätzliche Förderung auch eine BAFA Förderung der Anlagentechnik möglich.

Hier spielt allerdings die Wahl des Energieträgers eine entscheidende Rolle. Die Anträge hierzu werden direkt vom Anlagenbauer gestellt. Eine zusätzliche Prüfung der Kumulierbarkeit wird vor Antragsstellung durch den Sachverständigen, Energieeffizienzexperten grundsätzlich durchgeführt, da sich das Regelwerk der Fördermöglichkeiten auch hier jederzeit ändern kann.

zusätzlicher Hinweis:

Die bisher erhaltene Bewilligung für die Kinderbetreuungsfinanzierung als Anteilsfinanzierung nach Art. 10 BayFAG kann mit der aufgezeigten energetischen Förderung kombiniert werden.

Ermittlung der Fördersumme:

- **Neubauten:** $708,46\text{m}^2 \times 2.000,00\text{€/m}^2 = 1.416.920,00\text{€} \times 0,225 = \mathbf{318.807,00\text{€}}$
- **Bestandssanierung:** $538,10\text{m}^2 \times 2.000,00\text{€/m}^2 = 1.076.200,00\text{€} \times 0,325 = \mathbf{349.765,00\text{€}}$

SUMME = 668.572,00€

Die Finanzierung des Gebäudes soll auch ohne die prognostizierte Förderung funktionieren.“

Im Förderverfahren sind zwei Förderanträge zu stellen (Förderverfahren Sanierung Effizienzhaus 100 und Förderverfahren Neubau Effizienzhaus 40“); dabei ist die Zuordnung der Baumaßnahme in die Bereiche Sanierung bzw. Neubau mit einem Unsicherheitsfaktor belegt.

Die Baumaßnahme ist – im Verhältnis zur ursprünglichen Planung - zur Einhaltung der Förderbestimmungen im geringfügigen Maß zu ertüchtigen, um die der Bundesförderung

innewohnenden Energiestandards einzuhalten (z.B.: Erhöhung der Dicke des Dämmstoffs, Dreifachverglasung statt Zweifachverglasung); die (in der Planung schon enthaltene) Pelletsheizung gehört ebenfalls zu diesem Energiestandard. Damit erhöht sich die Nachhaltigkeit des Bauvorhabens erheblich: Der spätere Energieverbrauch wird deutlich gesenkt.

Zur Problematik einer möglicherweise konkurrierenden Doppelförderung (<-> Richtlinie über die Zuweisungen des Freistaates Bayern zu kommunalen Baumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich (Zuweisungsrichtlinie – FAZR) & Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 (4. SIP)) wurde eine Stellungnahme der Regierung von Unterfranken eingeholt (diesem TOP als Anlage beigelegt).

Hierzu empfiehlt gk Projektmanagement, einen pragmatischen Ansatz zu wählen und empfiehlt, die Förderanträge zum Bundesprogramm einzureichen:
Im worst case verbleibt die Förderung insgesamt auf dem bisherigen Niveau, bestenfalls erreicht die Gemeinde Theilheim eine deutliche Steigerung der Bezuschussung. Die Finanzierung ist insoweit nicht belastbar.

Beschluss 1:

Das Büro Müller-BBM GmbH, Stuttgart, wird mit der Erstellung der Förderanträge aus der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude – Nichtwohngebäude (BEG NWG) beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

Beschluss 2:

Die Baumaßnahme ist insoweit energetisch zu ertüchtigen, als es für die Standards bei Inanspruchnahme des Förderprogramms „Bundesförderung für effiziente Gebäude – Nichtwohngebäude (BEG NWG) Effizienzhaus 40 – Neubau - und Effizienzhaus 100 - Bestandssanierung“ erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

Beschluss 3:

Die Regierung von Unterfranken ist über die Inanspruchnahme weiterer Fördermittel zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

Anlagen:

SITZ - Stellungnahme zu möglichen Doppelförderungen - Regierung von Unterfranken

TOP 5.2	Bekanntgabe: Informationen aus dem jour fixe vom 13.01.2022
Lfd. Nr. 007	

Sachverhalt:

Das Gewerk „Abbrucharbeiten“ soll in der KW 4/2022 ausgeschrieben werden; die Submission ist für den 24.02.2022 geplant. Eine Vergabe kann im März 2022 erfolgen. Der Beginn der Abbrucharbeiten ist für den 11.04.2022 terminiert.

Brückner & Brückner wird entsprechend der heutigen Beschlussfassung einen Bau(änderungs-)antrag erarbeiten, über den in der Gemeinderatssitzung im März Beschluss zu fassen sein wird.

Das Ingenieurbüro Hoh hat mitgeteilt, dass für 2022 die Industrie nochmals Preiserhöhungen angekündigt hat. Das Ingenieurbüro Hoh wird daher seine Kostenberechnung nochmals aktualisieren. Es ist mit einer weiteren Kostensteigerung bei den Bauprodukten um + 4,8 % zu rechnen.

Brückner & Brückner wird die überarbeitete Gesamtkostenschätzung im jour fixe am 27.01.2022 vorlegen. Hierüber wird kurzfristig informiert werden.

TOP 6.	Baumaßnahme Reissgarten: Installation von Street Bumps in der Winterleitenstraße?
Lfd. Nr. 008	

Sachverhalt:

Insgesamt 23 Anwohner der Winterleitenstraße, habe sich mit einem Antrag (Anlage) an den Gemeinderat gewandt. Der Antrag lautet:

„Im gesamten Bereich Winterleitenstraße, Eibelstädter Weg und Reissgarten gilt grundsätzlich Tempo 30. Gerade hier wohnen sehr viele schulpflichtige Kinder und Kindergartenkinder. Leider fahren viele Anwohner deutlich über 30 km/h. Hierdurch werden immer wieder Kinder, aber auch Erwachsene, aus den genannten Bereichen gefährdet.

Nachdem durch den Bau des Entlastungskanals Reissgarten die Fahrbahn im oberen Bereich der Winterleitenstraße ohnehin komplett erneuert wird, beantragen wir als zusätzliche Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung in diesem Bereich, den Einbau dauerhafter Bremsschwellen (sogenannte Speed Bumps) in die Fahrbahn. Diese werden seit etwa einem Jahr in der Gemeinde Margetshöchheim eingesetzt und haben zu einer deutlichen Reduzierung der Durchfahrtsgeschwindigkeit geführt.

Der Aufwand im Rahmen der Tiefbauarbeiten dürfte sich finanziell kaum auswirken. Die Geräuscentwicklung ist jedoch für die Anwohner geringer, als z.B. bei den in der Reisgrube auf die Fahrbahn aufgeschraubten gelben Schwellen.“

Das Ingenieurbüro Horn ist der Meinung, dass dies so nicht möglich sei, da die Differenz zwischen Fahrbahnbelag und Gehsteigkante lediglich 5 cm betragen würde und damit zu gering sei um einen ausreichenden Verzögerungseffekt zu erzielen. Das Büro schlägt drei verschiedene, andere Maßnahmen vor:

1. Anrampung durch Auspflasterung, geschätzte Kosten ca. 10.000 EUR
2. Aufgedübelte Anrampung (gelbe Bodenschwellen)
3. Sonstige Einschränkungen zur Verkehrsberuhigung.

Die Variante 2 kommt nicht in Frage, da die aufgedübelten (gelben) Schwellen regelmäßig im Rahmen des Winterdienstes entfernt werden müssen und daher nur 7 Monate im Jahr vorhanden wären. Die Variante 3 ist zu aufwändig und lässt sich aufgrund der vielen Grundstücksausfahrten quasi nicht umsetzen.

Die Variante 1 entspricht dem Wunsch der Anlieger. Dass die Gehsteigkante zu niedrig sei, ist kein Hindernisgrund: Die Geschwindigkeitsreduzierungsanlage (amerikanisch Speed Bump) wäre dann insgesamt höher ausulegen. Auch müsste die Rampe nicht gepflastert sein, wie das Beispiel Margetshöchheim zeigt: Dort sind die Schwellen mittels Beton unter dem Asphalt hergestellt worden und der Asphalt läuft nahtlos über das Hindernis.

In der Anlage sind zwei Beispiele von „Speed Bumps“ aus den Niederlanden und den USA beigefügt. Diese gehören dort überwiegend zur Standardausstattung in Wohngebieten. Während die Aufnahme aus Salt Lake City zeigt, wie diese Schwellen in regelmäßigen Abständen auf die Fahrbahn aufgebracht werden, ist das Konzept in den Niederlanden weiterführend: Hier werden gerade auch die Straßenkreuzungen erhöht, um Kinderwagen und Rollatoren eine barrierefreie Kreuzung zu ermöglichen.

Würde man das US-Modell umsetzen, würde dies zwei bis drei Schwellen im Straßenverlauf bedeuten.

Würde man das niederländische Modell in Erwägung ziehen, wäre dies vor allem im Bereich des Gehwegüberganges auf Höhe von Hausnummer 6/6a und im Kreuzungsbereich mit dem Eibelstädter Weg sinnvoll.

- Es wird vorgeschlagen, die Kommunale Verkehrsüberwachung abzuwarten. Das im Rahmen der Baumaßnahme „Interims-KITA“ ausgesprochene absolute Halteverbot sei von einigen Anliegern nicht beachtet worden; Maßnahmen dazu wurden durch die Gemeinde aber nicht ergriffen.
- Es wird empfohlen, mit den Anliegern zu sprechen.
- Eine Entscheidung der Gemeinde wird Bezugsfälle im gesamten Ort schaffen, beispielsweise für den Eibelstädter Weg.
- Die Sicherheit der Fahrradfahrer wird im Hinblick auf das vorhandene starke Gefälle in Frage gestellt.
- Alternativ könnte ein stationärer Blitz installiert werden. Dieser Vorschlag wird aus dem Gremium heraus in Frage gestellt, da an dieser Stelle nur Einheimische fahren: Diese würden nur einmal geblitzt werden, dann wüssten sie Bescheid.
- Erster Bürgermeister Herpich schlägt die Vornahme einer Ortseinsicht vor.

Beschluss 1:

Die Gemeinde beschließt über folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt wird im Hinblick auf seine Bedeutung zur Verkehrssituation „Interims-KITA“ bzw. zur gesamten innerörtlichen Verkehrssituation vertagt.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0**Abstimmungsbemerkung:**

Aufgrund des Beschlussergebnisses ist dem Antrag statt gegeben.

Hinsichtlich der Protokollierung besteht Dissens.

Nach Auffassung des Ersten Bürgermeisters wurde nicht über den im Beschluss formulierten Antrag abgestimmt, sondern über folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Gemeinde beschließt über folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt wird im Hinblick auf seine Bedeutung zur Verkehrssituation „Interims-KITA“ bzw. zur gesamten innerörtlichen Verkehrssituation

- a) zur Vorberatung in den Grundstücks- und Bauausschuss (-> Vornahme einer Orteinsicht) und
- b) zur anschließenden Beschlussfassung in den Gemeinderat vertagt.

Bei der Genehmigung der Niederschrift ist über den konkreten Beschlussinhalt nochmals abzustimmen.

Anlagen:

2021.12.06 Anwohner Antrag Speed Bumps Winterleitenstraße

2022.01 Geschwindigkeitsreduzieranlagen Salt Lake City, UT, USA

2022.01 Geschwindigkeitsreduzieranlagen Eindhoven, NL

2022.01.10 Ing.-Büro Horn, Stellungnahme Speed Bumps

TOP 7.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 16.11.2021, für die die
Lfd. Nr. 009	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
16.11.2021	Gemeinderat	TOP 16	Kanalsanierung Theilheim; Abschluss eines Ingenieurvertrags Das Ingenieurbüro Horn aus Eibelstadt erhält auf Grundlage des Ingenieurvertrags vom 16.12.2019 / 29.01.2020 den Auftrag für eine Kanalsanierungsmaßnahme mit Baukosten in Höhe von ca. 150.000 € brutto. Die Sanierungszone umfasst eine Teilstrecke der Holzgasse, eine Teilstrecke der Oberen Holzgasse mit Kanal in Privatgrund, Lindelbacher Weg, Eibelstädter Weg, Brunnenstraße und Oberlehrer-Beck-Straße. Die Sanierungsmaßnahme ist vor der Ausschreibung im Gemeinderat zu erläutern.
16.11.2021	Gemeinderat	TOP 17F	Weihnachtsfeier 2021 des Gemeinderates Die Weihnachtsfeier fällt pandemiebedingt aus.

Bei folgender, in nichtöffentlichen Sitzungen bekannt gegebener Dringlichkeitsentscheidung des Ersten Bürgermeisters ist die Geheimhaltung teilweise entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
16.11.2021	Gemeinderat	TOP 17 A	Errichten eines Containerbaus als Interims-Kindertagesstätte Mit ... Brief vom 03.11.2021 hat die Gemeinde Theilheim ... das Vertragsverhältnis [mit der Fa. Dt. Industriebau Gesellschaft für schlüsselfertigen Industriebau Lippstadt + Geseke mbH] außerordentlich gekündigt. Im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung hat 1. Bürgermeister Herpich am 05.11.2021 den Auftrag an ... die Firma KB Container GmbH, Schlüsselfeld, neu [zum Preis von 772.262,40 EUR brutto] vergeben. Die Fa. KB Container GmbH wurde mittlerweile mit folgenden Nachträgen beauftragt: <ul style="list-style-type: none"> • Nachtrag 1: Ersatz von Fenster durch Fluchttüren in den drei Schlafräumen der Kleinkindgruppen; Mehrkosten insgesamt: 1.549,38 € brutto • Nachtrag 2: Erhöhung der Türgriffe an den Fluchttüren in den Fluren und Gruppenräumen auf 170 cm; Mehrkosten insgesamt: 6.345,68 € brutto

TOP 8.	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 010	

TOP 8.1	Bekanntgabe: Evaluierungsbericht ILE MainDreieck
Lfd. Nr. 011	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich gibt den Evaluierungsbericht bekannt.

Anlagen:

SITZ - Evaluierungsbericht_ILE MainDreieck_20.12.21

TOP 8.2	Bekanntgabe: Verbandssatzung des Zweckverbandes Tourismusverband MainDreieck
Lfd. Nr. 012	

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Eibelstadt (Sitzung vom 23.11.2021), der Marktgemeinderat des Marktes Frickenhausen a. Main (Sitzung vom 02.08.2021), der Stadtrat der Stadt Marktbreit (Sitzung vom 13.09.2021), der Stadtrat der Stadt Marktsteft (Sitzung vom 20.07.2021), der Marktgemeinderat des Marktes Obernbreit (Sitzung vom 21.07.2021), der Stadtrat der Stadt Ochsenfurt (Sitzung vom 29.07.2021), der Marktgemeinderat des Marktes Randersacker (Sitzung vom 27.10.2021), der Gemeinderat der Gemeinde Segnitz (Sitzung vom 04.08.2021), der Marktgemeinderat des Marktes Sommerhausen (Sitzung vom 18.11.2021), der Gemeinderat der Gemeinde Sulzfeld a. Main (Sitzung vom 04.11.2021), der Gemeinderat der Gemeinde Theilheim (Sitzung vom 20.07.2021) und der Marktgemeinderat des Marktes Winterhausen (Sitzung vom 29.07.2021) haben die Verbandssatzung zur Gründung des Zweckverbandes „Tourismusverband MainDreieck“ beschlossen.

Das Landratsamt Würzburg hat diese Verbandssatzung mit Schreiben vom 17.12.2021 Az. FB 11-F-028-213 rechtsaufsichtlich genehmigt; der Zweckverband ist damit am 01.01.2022 entstanden. Gleichzeitig ist die Verbandssatzung in Kraft getreten.

TOP 8.3	Bekanntgabe: Örtliche Kassenprüfung am 23.12.2021
Lfd. Nr. 013	

Sachverhalt:

Bei der am 23.12.2021 durch Ersten Bürgermeister Herpich durchgeführten Örtlichen Kassenprüfung ergaben sich keine Beanstandungen oder Einwendungen.

TOP 8.4	Bekanntgabe: Aufnahme der Kommunalen Verkehrsüberwachung zum 01.02.2022
Lfd. Nr. 014	

Sachverhalt:

Das Landratsamt Würzburg hat am 14.01.2022 mitgeteilt, dass noch im Januar 2022 mit der Genehmigung der Zweckvereinbarung gerechnet werden kann.

Damit kann die Kommunale Verkehrsüberwachung ab 1. Februar 2022 starten.

TOP 8.5	Umzug ins neue Rathaus verschiebt sich
Lfd. Nr. 015	

Sachverhalt:

Wegen weitere Lieferverzögerungen bei insbesondere Elektromaterialien, sowie dem Ausfall eines bereits beauftragten Handwerksbetriebes, verschiebt sich der Umzug der Verwaltung, jetzt in die Bayerischen Pfingstferien.

TOP 9.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 016	

TOP 9.1	Pandemielage: Zugang der Öffentlichkeit zu Gemeinderatssitzungen
Lfd. Nr. 017	

Es wird kritisiert, dass die Vorgabe 3G PLUS als Zugang der Öffentlichkeit zu den Gemeinderatssitzungen über das Ziel hinausschieße: Geboosterte Bürger:innen sollten Zugang zu den öffentlichen Sitzungen ohne Nachweis eines Schnelltests haben. In Theilheim gebe es nur wenige interessierte Bürger:innen, von denen jetzt niemand mehr komme.

Erster Bürgermeister Herpich teilt hierzu mit, dass sich die Sachlage rechtlich nicht geändert habe und im Rahmen des Hausrechts festgelegt worden war. Auch Bürger:innen haben Zugang zu den im Vorfeld der Sitzung angebotenen Schnelltests der Gemeinde.

Es wird darum gebeten, die Regelung bürgerfreundlicher zu formulieren. Erster Bürgermeister Herpich sagt dies zu.

TOP 9.2	Beschaffung eines Defibrillators
Lfd. Nr. 018	

Erster Bürgermeister Herpich erläutert auf Anfrage, dass die Gemeinde zwei Zuwendungsanträge für die Standorte Jakobstallhalle und Rathaus gestellt habe. Bislang habe die Gemeinde keine Bezuschussung erhalten.

TOP 9.3	Kommunale Verkehrsüberwachung: Parkmarkierungen in der Staatsstraße
Lfd. Nr. 019	

Die durch die Gemeinde aufgebrachten Parkmarkierungen haben keine Gültigkeit, da Straßenbaulastträger der Freistaat Bayern ist.

TOP 9.4	Bauvorhaben im ehem. Sparkassengebäude?
Lfd. Nr. 020	

Erster Bürgermeister Herpich teilt auf Anfrage mit, dass das geplante Projekt öffentlich noch nicht benannt werden darf.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Thoma Heike
Schriftführerin